

ANTRAG

Antragsteller*in: *BDKJ DV*

A1: Ja zu digitaler Sicherheit - Nein zu pauschalen Verboten

Antragstext

1 Die BDJ Diözesanversammlung möge beschließen:

2 Der BDJ Diözesanverband Würzburg spricht sich gegen ein pauschales Social-
3 Media-Verbot aus. Während wir der Notwendigkeit für sichere digitale Räume
4 zustimmen, sehen wir die Lösung vielmehr in einer Regulierung der Plattformen
5 sowie ethischen Alternativen, in Medienpädagogik und v.a. in einer höheren
6 Sanktionierung der Betreiber*innen.

7 Damit schließen wir uns Forderungen, beispielsweise vom bayerischen Jugendring
8 an¹.

9 Unsere konkreten Forderungen sind daher:

- 10 • Gleichberechtigte Digitale Teilhabe an Demokratie, Kultur,
11 Informationsfluss: Social-Media-Zugang für Minderjährige beibehalten. Der
12 BDJ setzt sich hierfür auf kommunaler und auf Bundesebene ein.

- 13 • Schutz vor Deep Fakes und Hasskommentaren: Der BDJ Würzburg setzt sich
14 kommunal, aber auch in bundesweiten Versammlungen des BDJs für schärfere
15 Gesetze für Plattformbetreiber*innen und Ersteller*innen von
16 Hasskommentaren sowie Deep Fakes, besonders in Form von digitaler
17 sexualisierter Gewalt, ein.

- 18 • Der BDJ Diözesanverband Würzburg setzt sich auf kommunaler Ebene und in
19 bundesweiten Versammlungen des BDJs für mehr Aufklärung bezüglich
20 digitaler Medien, Künstlicher Intelligenz und Fake News ein.

- 21
- 22
- 23
- Der BDKJ Diözesanverband Würzburg passt sich den durch die schnelle Dynamik der Entwicklung von sozialen Plattformen wechselhaften Bedarfen an und stellt entsprechende Bildungsangebote zur Verfügung.
- 24
- Der BDKJ Diözesanverband Würzburg gestaltet seine eigene Plattform auf Instagram und Co. entsprechend der oben genannten Forderungen, d.h. KI-Inhalte werden größtenteils vermieden und, wenn nötig, gekennzeichnet. Hasskommentare werden verfolgt, Falschinformationen gelöscht und der Datenschutz (im möglichen Rahmen) eingehalten.
- 25
- 26
- 27
- 28

29 [https://www.bjr.de/ueber-uns/gremien/beschluesse/medienkompetenz-staerken-](https://www.bjr.de/ueber-uns/gremien/beschluesse/medienkompetenz-staerken-statt-social-media-verbieten)

30 [statt-social-media-verbieten](https://www.bjr.de/ueber-uns/gremien/beschluesse/medienkompetenz-staerken-statt-social-media-verbieten), zuletzt geöffnet am 21.05.2026

Begründung

Analoges und Digitales Leben sind, gerade für die junge Generation, längst nicht mehr dichotom zu trennen. Teilhaberechte müssen demnach digitale Räume mitbedenken. Die Gefahr, die von Social Media für Jugendliche ausgeht, entsteht durch von Erwachsenen erschaffene Technologien und Algorithmen, weshalb auch Erwachsene mehr zur Verantwortung gezogen werden sollten, als Jugendliche. Des Weiteren hat sich ein Social-Media-Verbot, wie es z.B. in Australien eingeführt wurde, als wenig zielführend erwiesen, da Jugendliche Tricks anwenden, um dennoch Zugang zu den Plattformen zu erlangen (QUELLE). Die Maßnahmen hinter dem Altersschutz zeigen außerdem datenschutzrechtliche Mängel auf und stellen in demselben Zusammenhang Barrieren auf. Beispielsweise könnte eine Verifizierung über den Personalausweis ein Zwangs-Outing für queere Jugendliche bedeuten, da der bei der Geburt vergebene Name, anstatt der selbstgewählte auf dem Personalausweis zu sehen wäre. Trotz aller Kontra-Argumente ist die Prävention von Mediensucht, mentaler (Un-)gesundheit, (sexualisierter) digitaler Gewalt ein großes Anliegen des BDKJs. Diese Prävention sollte jedoch über die Plattformbetreiber*innen sowie über flächendeckende Aufklärung angegangen werden.

ANTRAG

Antragsteller*in: *BDKJ DV*

A2: Klimagerechte 72-Stunden-Aktion 2027 in der Diözese Würzburg

Antragstext

1 Die BDKJ-Diözesanversammlung möge beschließen:

2 Der BDKJ-Diözesanverband wird beauftragt, die 72-Stunden-Aktion im Jahr 2027
3 (10.-13. Juni) klimaneutral durchzuführen.

4 In Anlehnung an den Beschluss der BDKJ-Hauptversammlung 2021 „Klimagerechtigkeit
5 jetzt!“ wird Klimaneutralität hier als die Erreichung von
6 Treibhausgasneutralität definiert. Dies bedeutet, die jährliche Summe der
7 verursachten und kompensierten relevanten Treibhausgase (u. a. auch Methan und
8 Lachgas) in CO₂ Äquivalenten ist maximal Null. Dabei gilt im Prozess der
9 Umsetzung, dass Emissionen erst dann kompensiert werden dürfen, wenn sie in
10 keinem Fall vermieden werden können.

11 Bei der Umsetzung der Ziele wird mit nachfolgender Priorität vorgegangen:

12 1. Emissionen vermeiden

13 2. Emissionen reduzieren

14 3. Emissionen kompensieren

15 Bei der Wahl der Kompensationspartner*innen hat der BDKJ-Diözesanverband auf
16 faire und ökologische Kriterien zu achten und globale Klimagerechtigkeit sowie
17 Generationengerechtigkeit zu berücksichtigen. Die Gelder zur Kompensation kommen
18 aus den Mitteln des Diözesanverbandes.

19 Zur Erhebung der Emissionen wird das Umfrage-Tool der BDKJ-DV-internen AG-
20 Klimaneutralität an die Rahmenbedingungen und Eigenschaften der 72-Stunden-

21 Aktion angepasst und von den verantwortlichen im BDKJ-Diözesanverband und in den
22 diözesanen und regionalen BDKJ-Organisationsstrukturen ausgefüllt.

Begründung

Der BDKJ-Diözesanverband Würzburg unterstützt damit den Beschluss „Klimagerechtigkeit jetzt!“ der BDKJ-Hauptversammlung 2021, mit dem Ziel des BDKJ bis 2030 treibhausgasneutral zu werden. Des Weiteren schließt der Antrag an den Beschluss 3.95 der BDKJ-Hauptversammlung 2023 an, welcher auf Bundesebene bereits für das Jahr 2024 eine treibhausgasneutrale 72-Stunden-Aktion angestrebt hatte.

ANTRAG

Antragsteller*in: *BDKJ DV*

A3: Junge Menschen in Gewissensentscheidungen zu Wehrdienst und Friedensfragen begleiten

Antragstext

1 Die BDJ-Diözesanversammlung 2026 möge beschließen:

2
3 Der BDJ-Diözesanverband Würzburg setzt sich dafür ein, dass die kirchliche
4 Jugendarbeit in der Diözese Würzburg junge Menschen in Fragen von Wehrdienst,
5 möglicher Wehrpflicht sowie Krieg und Frieden bei ihrer Gewissensentscheidung
6 begleitet.

7
8 Hierfür sollen in der kirchlichen Jugendarbeit entsprechende Bildungs-,
9 Beratungs- und Reflexionsangebote geschaffen und die notwendigen Ressourcen
10 bereitgestellt werden.

11
12 Der BDJ-Diözesanvorstand wird beauftragt, sich gegenüber den zuständigen
13 Stellen im Bistum Würzburg für die Umsetzung einzusetzen.

Begründung

Die Debatten um Wehrpflicht, Wehrdienst und sicherheitspolitische Verantwortung haben in den vergangenen Jahren deutlich an Relevanz gewonnen. Junge Menschen sehen sich dadurch zunehmend mit grundlegenden Fragen nach persönlicher Verantwortung, Friedensethik und individueller Gewissensentscheidung konfrontiert.

Als katholischer Jugendverband ist es Auftrag kirchlicher Jugendarbeit, junge Menschen in ihrer Persönlichkeitsentwicklung und Gewissensbildung zu begleiten. Gerade bei komplexen ethischen Fragestellungen wie Krieg, Frieden und militärischer Verantwortung braucht es qualifizierte Begleitung sowie Räume für Reflexion und Diskussion.

Die kirchliche Jugendarbeit in der Diözese Würzburg soll junge Menschen befähigen, sich fundiert mit diesen Themen auseinanderzusetzen und eigene verantwortete Haltungen zu entwickeln. Dafür braucht es entsprechende Bildungsangebote, Gesprächsformate und fachliche Ressourcen.

Mit diesem Antrag unterstreicht der BDKJ-Diözesanverband Würzburg die Bedeutung friedensethischer Bildung und Gewissensbegleitung als Auftrag kirchlicher Jugendarbeit in einer sich verändernden gesellschaftspolitischen Lage.